

LAbg. Robert Hergovich

Eisenstadt, am 2. Juni 2017

SPÖ-Klubobmann

**Aussprache über Themen von Allgemeinem Interesse
gem. §31a der GeOLT:**

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Aktuelle Studien bescheinigen dem Burgenland ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum: Laut jüngst veröffentlichten Daten liegt das Burgenland erneut im Spitzenfeld der österreichischen Bundesländer und nimmt damit in der Ostregion eine Ausnahmestellung ein. Auch die Prognosen für 2017 sehen die Wachstumsraten des Burgenlandes über dem Österreich-Schnitt.

Alle budgetären Spielräume zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung werden von der SPÖ/FPÖ-Koalition im Burgenland in Form einer Rekord-Investitionsquote genutzt. Treffsichere Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung der Auftragslage für die regionalen Klein- und Mittelbetriebe – vom burgenländischen Handwerkerbonus bis zur Förderoffensive für kleinere Zimmervermieter im Tourismus – zeigen Wirkung.

Damit wird die eingeleitete Trendwende bei der Arbeitslosigkeit fortgesetzt und verstärkt. Es ist gewährleistet, dass die hohen Wachstumsraten auch bei den Arbeitnehmerinnen „ankommen“: Neben dem konstanten Plus von jährlich mehr als 1.000 neuen Arbeitsplätzen ist seit neun Monaten in Folge auch die Arbeitslosigkeit deutlich rückläufig.

Um diese positiven Trends zu verfestigen, ist auch die Bundesregierung weiterhin gefordert, alle im Arbeitsprogramm vorgesehenen Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung umzusetzen. Weiters sollen – wie bereits vom Burgenländischen Landtag eingefordert - die Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte und geeignete Schutzmaßnahmen für den einheimischen Arbeitsmarkt realisiert werden.

Um hierüber im Burgenländischen Landtag auf breiter Basis zu diskutieren, stelle ich den

A n t r a g
auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema:

„Burgenland auf Wachstumskurs: Arbeitsmarkt und regionale Wirtschaft weiter stärken“

in der Landtagssitzung am 8. Juni 2017